
Landesnachrichten *aktuell*

Auf ein Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um das neue Sparmaßnahmenpaket der Bundesregierung zu begründen, stellte die Bundeskanzlerin die Behauptung in den Raum: „Wir haben jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt“. Dabei ist nicht klar, wer mit „wir“ gemeint ist.

Wenn die Frau Bundeskanzlerin die Parteien der jeweiligen Regierungskoalitionen meint, so ist dies noch einigermaßen nachvollziehbar. Aber wenn mit dieser Aussage alle Bürger der Bundesrepublik gemeint sind, so möchte sich die Politik scheinbar wieder einmal aus der Eigenverantwortung stellen und von der Tatsache ablenken, dass Deutschland unter seinen Möglichkeiten regiert wird.

Wir Normalverdiener, die immer weniger Netto vom Brutto haben, können doch nur das Geld ausgeben, das wir haben bzw. mühevoll angespart haben.

Maßlos waren doch die Banken, die Milliarden verzockt haben und sich von uns Steuerzahlern retten lassen und nun sorglos so weitermachen, als wäre nichts geschehen.

Die Politik baut seit Jahrzehnten Schuldenberge auf, ohne Rücksicht auf unsere Nachkommen zu nehmen. Dabei werden zwar großspurig Ideen zum Abbau des Schuldenberges für die nächsten Generationen getätigt, allein es mangelt an Taten.

Würden die Politiker und Banker im Privatleben mit ihrem Einkommen so umgehen wie sie mit den öffentlichen Mitteln haushalten und als Banker mit den Einlagen ihrer Kunden zocken, so könnten wir viele prominente Kundschaft aus Politik und Bankengewerbe in den Insolvenzgerichten begrüßen.

Für die Politik bietet sich sofort wieder der öffentliche Dienst als Melkkuh eigener Unzulänglichkeiten an.

Hier ein Beispiel:

Kurz vor der Tagung des Hauptausschusses des Bayerischen Beamtenbundes kam der Arbeitskreis Finanzen der CSU-Landtagsfraktion zusammen. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzen im Bayerischen Landtag Georg Winter kam man auf die Idee, die Dienstrechtsreform aus Kostengründen um zwei Jahre zu verschieben. Solche populistischen Maßnahmen kommen beim Bürger mangels Sach- und Fachkenntnis oft gut an.

Unterstützung erhielten die Haushälter durch den neuen Fraktionsvorsitzenden der „Bündnis 90/die Grünen“ Thomas Mütze. Er warf dem Ministerpräsidenten fehlenden Sparwillen vor.

„Die Zeiten, in denen Seehofer allen alles versprechen kann, sind endgültig vom Tisch“, sagte der Finanzpolitiker Thomas Mütze. „Die Bürgerinnen und Bürger wissen doch, dass



es nicht so weitergehen kann wie bisher. Je länger man sie wie Seehofer an der Nase herumführt, desto bitterer wird die Enttäuschung, wenn der Ministerpräsident dann die Katze aus dem Sack lassen muss.“

Diese Haltung irritiert uns in der Landesleitung der BJK, führten wir doch in den vergangenen Jahren immer in der Sache äußerst fruchtbare und harmonische Gespräche. Wir hoffen, dass solche Missklänge künftig nicht mehr zu vernehmen sind.

Die SPD warnt vor „verfrühter Jubelstimmung und nimmt auf die Behauptung des Finanzministers Georg Fahrenschon Bezug, mit dem Gesetzentwurf eines neuen Dienstrechts im öffentlichen Dienst nehme Bayern bundesweit bereits eine Spitzenstellung ein. Grundsätzlich ist die SPD nicht ablehnend dem Reformvorhaben gegenüber eingestellt, sondern sie weist darauf hin, dass man die eklatanten Wortbrüche der vergangenen Jahre seitens der Bayerischen Staatsregierung zu bedenken hat und es wichtig ist, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei diesem wichtigen Reformvorhaben ins Boot zu holen.

Die FDP betont, dass sie an der Dienstrechtsreform entscheidend mitgewirkt habe.

Wir nehmen dies zur Kenntnis, obwohl aus dem Landtag keine politischen Informationen zur Dienstrechtsreform und anderen Themen zum öffentlichen Dienst seitens der FDP an unseren Verband getätigt werden. Wir haben manchmal den Eindruck, die FDP artikuliert sich erst wieder kurz vor den nächsten Landtagswahlen zu unseren Sorgen und Nöten.

Der Vorsitzende der Freien Wähler Hubert Aiwanger hat kein Verständnis für den Vorschlag von CSU-Haushaltspolitikern, die Reform des Dienstrechts wegen der schwierigen Haushaltslage zu verschieben: „Wenn es auch unpopulär ist, für die Beamten eine Lanze zu brechen, aber die Beamten haben über Jahre hinweg durch Gehaltsverzicht, Verlängerung der Arbeitszeit und Beförderungsstopp ihren Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet. Den Landesbankwahn können aber auch sie nicht auffangen. Wir müssen jetzt den Beförderungsstau auflösen und spätestens 2012 zur 40-Stunden-Woche zurückkehren, weil sonst der öffentliche Dienst weiter an Attraktivität verliert und sich künftig nur noch zweitklassiges Personal bewirbt, da die freie Wirtschaft deutlich besser bezahlt. Wir brauchen aber weiterhin gutes Personal beim Staat, damit das System ordentlich funktioniert. Wenn der Staat kein Geld hat muss er Bürokratie abbauen, um mit weniger, aber anständig bezahltem Personal auszukommen.“

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer betonte, dass er bei den Beamten im Wort stehe und das neue Dienstrecht zum 01.01.2011 eingeführt werden soll.

Für ihre Standfestigkeit bedanken wir uns bei unserem Ministerpräsidenten und unserem Bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon und allen Fraktionen, die unsere Anliegen und die unserer Kolleginnen und Kollegen unterstützen.

Denn für uns würde ein Abrücken vom Fahrplan für die Reform einen herben „Vertrauensverlust“ bedeuten.

Hans-Joachim Freytag, Landesvorsitzender

Jahreshauptversammlungen bei den Bezirksverbänden Traunstein und Amberg

Am Freitag, 30.04.2010 und am Donnerstag 06.05.2010 hielten die Bezirksverbände Traunstein und Amberg ihre Jahreshauptversammlungen ab.

Dazu wurde jeweils der Landesvorsitzende der BJK Hans-Joachim Freytag eingeladen.

Erstaunlich war die große Teilnehmerzahl der Mitglieder an diesen Veranstaltungen

H.-J. Freytag gab einen Überblick über die derzeitige Beförderungssituation und die Bestrebungen des Landesverbandes, die Wartezeiten wieder zu verkürzen wie dies im

Bereich des Justizvollzugsdienstes schon der Fall ist. In diesem Zusammenhang sei bereits ein „Sternenmarsch“ nach München ins Auge gefasst, wenn sich nicht in Kürze auch im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform Verbesserungen ergeben.

Die bisherigen Amtsbezeichnungen sollen künftig geändert werden. Darüber wird in der nächsten Ausgabe der Landesnachrichten Juli 2010 berichtet.

Der Landesvorsitzende teilte mit, dass seitens der BJG eine Petition zur Umwandlung von derzeit befristeten in unbefristete Arbeitsverträge im Tarifbereich auf den Weg gebracht wird, deren Inhalt ebenfalls in den nächsten Landesnachrichten veröffentlicht wird.

Auf Rückfragen teilte Koll. Freytag mit, dass im Tarifbereich das Modell der Altersteilzeit derzeit auslaufe. Die Tarifunion der Länder blockiere derzeit die Möglichkeit der Fortsetzung des Altersteilzeitmodells. Im Beamtenbereich sei derzeit Bayern das einzige Bundesland das eine Fortführung dieses Modells eingeführt hat. Dafür musste sich Horst Seehofer auch schon viele Kritiken aus den anderen Bundesländern anhören. Im Tarifbereich kann Bayern zwar Fürsprache für die Wiedereinführung der Altersteilzeit halten, die Entscheidung liegt jedoch je nach Verhandlungsgeschick bei der TVL und den Gewerkschaften.

Abschließend wies der Landesvorsitzende darauf hin, dass am 17. Mai 2011 die Personalratswahlen anstehen. Er erläuterte kurz die verschiedenen Listenmöglichkeiten und bat um möglichst viele Kandidaten für die Liste, auf der auch die BJG vertreten ist.



Mitglieder des Bezirksverbandes Amberg bei der Jahreshauptversammlung

Landesvorstandschaft im Gespräch mit der Christlich-Sozialen-Arbeitnehmer-Union

Die Landesvorstandschaft der BJG besuchte am 16.04.2010 die Landesleitung der CSA in München.

Dabei wurden der Beförderungsstau in der Justiz, die Dienstrechtsreform und das Problem der befristeten Arbeitsverträge erörtert.

Besonders die befristeten Arbeitsverträge stellen für die Landesleitung der CSA eine Herausforderung für die Umwandlung befristeter in unbefristete Stellen dar.

Die Landesvorsitzende Dr. Gabriele Stauner sicherte uns Unterstützung für unsere Belange zu.



von links nach rechts:
Landesgeschäftsführer d. CSA Matthäus
Strebl, stv. Landesvors. d. BJJG Johann
Kieninger, Landesvorsitzende d. CSA Dr.
Gabriele Stauner, H.-J. Freytag, stellver-
tretender Landesvorsitzender der CSA
Reiner Meier

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Landesleitung

Hans-Joachim Freytag, Landesvorsitzender

Kurt Lorenz, stv. Landesvorsitzender

Johann Kieninger, stv. Landesvorsitzender

VORSORGE MUSS NICHT TEUER SEIN

über **100 Jahre**

Justiz-Versicherungskasse

Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit



Als SELBSTHILFEEINRICHTUNG

der Angehörigen der GERICHTSBARKEIT, der STAATSANWALTSCHAFTEN
und des STRAFVOLLZUGSDIENSTES

bieten wir **Ihnen, Ihren Angehörigen und den mit Ihnen in häuslicher
Gemeinschaft lebenden Personen**

zu anerkannt günstigen Tarifen und Bedingungen Versicherungen
bis zur Höchstsumme von **8.000,00 EURO**

- auf den Todes- und Erlebensfall
- zur Bildung eines Kapitals

Anerkannte Leistungsmerkmale, die für uns sprechen:

Sofortiger Versicherungsschutz
- nach Zahlung des 1. Beitrages -

Rechtsanspruch auf Beteiligung an den Überschüssen

Zusätzlich wird nach einem Jahr bei Fälligkeit ohne Rechtsanspruch ein
Gewinnzuschlag gewährt.

Außerdem:

Grundsätzlich kein ärztliches Zeugnis

Das Vertrauen unserer Mitglieder - stellen auch Sie uns auf die Probe -

Wir würden uns freuen, Sie als Mitglied unserer berufsständischen
Gemeinschaft begrüßen zu dürfen.

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen unsere Geschäftsstelle in Köln:

Anschrift: Drosselweg 44, 50735 Köln
Tel.: 0221 - 71 44 77 oder 71 47 23
Fax: 0221 - 712 61 63
E-Mail: info@justiz-versicherungskasse.de
Internet: www.Justiz-Versicherungskasse.de